

Solidarität



Defizitabbau: ÖGB und AK präsentieren ihre Vorschläge und No-Gos zum Schuldenabbau **Seite 3**



Paradies Dubai: Für Beschäftigte herrschen im Traumziel oft sklavenartige Zustände **Seite 11**

Kommentar: Die bestehenden Probleme beim Namen zu nennen, fordert Sozialexperte Martin Schenk **Seite 12**



Sichere Jobs – sichere Pensionen

ÖGB-Präsident Erich Foglar bei Opel in Wien. Seite 5

© Martina Kennel-Murphy

www.oegb.at



Arbeitsrecht – Was Sie unbedingt wissen sollten!

Privatrechtlicher Arbeitsvertrag: Welche Rechte und Pflichten haben Sie? Welche Ansprüche entstehen bei Beendigung des Dienstverhältnisses?

Dienstag, 28. Februar 2012, 18.00 Uhr
Anmeldung unter servicecenter@oegb.at oder
01/534 44 - 39100 erforderlich.
Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien

OGB SERVICECENTER

www.oegb.at

editorial



Unschuldig

2011 war das Wort „Unschuldungsvermutung“ in aller Munde. Es ging hauptsächlich um Korruptionsvorwürfe, „vermutlich unschuldig“ waren vornehmlich Herren aus dem Kreise der oberen Zehntausend – aus Kreisen also, die über Vermögen verfügen, die jenseits der Vorstellungskraft von uns „normalen“ Menschen liegen, und die eine Vermögenssteuer vermutlich nicht einmal bemerken würden. Solche Leute wollen uns nun glauben machen, dass sie an der Krise bzw. an den Kosten zu ihrer Bewältigung keine Schuld haben. Vermutlich aber nicht ganz: Von fehlenden Regeln auf den Finanzmärkten, von fehlenden Vermögenssteuern haben sie genauso profitiert wie vom Sozialstaat, der DAS Instrument war und ist, um uns besser als andere Staaten durch die Krise zu bringen.

Den Sozialstaat aber möchten viele nun schuldig werden lassen – für das Pensionssystem, das Gesundheitssystem, die Bildung, die öffentlichen Dienstleistungen usw. gilt offenbar nicht die Unschuldvermutung. Dabei stimmt genau das: Der Sozialstaat ist nicht nur „unschuldig“, er hat uns, unsere Arbeitsplätze, die Banken, die Unternehmen, die Firmen, ... gerettet.

Impressum:

Herausgeber: Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1. **Medieninhaber:** Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/662 32 96-0, Fax: 01/662 32 96-39793, E-Mail: Renate.Wimmer@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at. **Herstellern:** Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudorf, Bickfordstr. 21. **Verlagsort:** Wien. **Herstellungsort:** Neudorf. **Chefredaktion:** Nani Kauer. **Kaufmännische Leitung:** Christoph Höllriegel. **AutorInnen:** Florian Kräftner, Amela Muratović, Heike Hausensteiner, Katja Dämmrich, Mag. Christian Resei, Milena Borovska, Martin Schenk. **Layout/Grafik/Bildredaktion:** Walter Schauer. **Anzeigen:** Thomas Aichelburg-Rumerskirch, www.brandcom.at, soli@brandcom.at. **Sekretariat:** Sonja Adler, Johanna Kastner. **Lektorat:** Marga Achberger. **Redaktionsadresse:** 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/ 534 44-39263, Fax: 01/534 44-39916, E-Mail: soli@oegb.at WWW: http://www.oegb.at/soli

Für unverlangt eingesendete Manuskripte und Fotos keine Gewähr. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.

ZVR-Nr.: 576439352
DVR-Nr. 0046655

Dieses Produkt wurde mit ADOBE InDesign CS erstellt.

Interview: Christian Felber, ATTAC-Sprecher

Reale Bedrohung

Über neue Sparpakete wird diskutiert, doch wer trägt die Kosten am Ende?

Solidarität: 2012 wird, wie manche behaupten, für die Banken ein hartes Jahr; sie werden wieder Steuergeld brauchen, um den Systemzusammenbruch zu verhindern. Handelt es sich dabei um Panikmache oder eine reale Bedrohung?

Christian Felber: Das ist leider real. Mit der Rezession kommt es zu Kreditausfällen und zu schnelleren Staatsbankrotten – beides belastet die Banken. Auch weitere Derivate-Bomben wie Mehrfach-Kredite und Kreditausfallversicherungen können jederzeit hochgehen. Die zunehmende Unsicherheit lässt zudem erneut den Interbankenmarkt austrocknen.

Solidarität: Wenn die Regierungen die Banken nicht retten, zahlen am Ende die kleinen SparerInnen drauf – stimmt das, oder sollen wir damit auf Sparpakete eingeschworen werden?

Christian Felber: Auch das stimmt leider. Der erste Skandal dabei ist, dass alle Banken in den Genuss der Spareinlagengarantie kommen. Marktwirtschaft wäre, dass nur Spareinlagen bei Banken, die nicht spekulieren, garantiert würden. Dann hätten die SparerInnen die Wahl

und Casino-Banken wären unattraktiv. Der zweite Skandal ist, dass private Banken nicht von ihren EigentümerInnen gerettet werden, sondern von den SteuerzahlerInnen. Das ist der Tod von Marktwirtschaft und Demokratie.

Solidarität: Wie könnte man in der EU das Problem in den Griff bekommen, sodass es nicht auf der einen Seite Milliarden für die Banken und auf der anderen Sparpakete für die Menschen gibt?

Christian Felber: Das Allerwichtigste ist die Abwicklung der „systemrelevanten“ Banken, welche die gesamte Gesellschaft in Geiselschaft halten. Die „Systemrelevanten“ wurden jedoch bewusst herangezogen, weil sie die „Global Player“ der EU werden sollten. Wenn wir wirklich aus der Krise lernen wollen, müssten wir die globale Liberalisierung zurücknehmen, den Bankensektor auf Gemeinwohlorientierung umstellen und auf sein Kerngeschäft – sichere Spareinlagen, Zahlungsverkehr, reale Kredite – geschrumpfen.

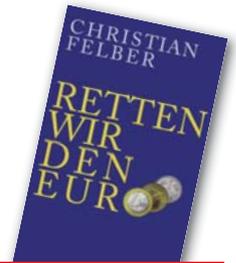
Solidarität: ATTAC ist, vereinfacht gesagt, für ein faires Steuersystem weltweit, bei

dem vor allem die großen „Ab-casher“ zahlen sollen – warum ist es so schwierig, da etwas zu erreichen?

Christian Felber: Weil die Globalisierung weder ein humanistisches noch ein demokratisches und nicht einmal ein liberales Politikprojekt im Sinne einer Balance aus Rechten und Pflichten ist. Wäre es so, müsste jeder Globalisierungsbefürworter zu jeder globalen Wirtschaftsfreiheit eine rechtliche Verantwortung für Konzerne dazufordern, von verbindlichen Arbeitsrechten über Umweltstandards bis zu globalen Steuerpflichten. Quer durch die Parteien macht das jedoch niemand zur Bedingung für Freihandel und freien Kapitalverkehr. Das ist der Kern des Problems.



Christian Felber, ATTAC-Sprecher



Buchtipps

RETTEN WIR DEN EURO

Retten Europas Regierungen den Euro zu Tode? Die Konstruktionsfehler der EU werden durch die Euro-Krise deutlich sichtbar. Christian Felber setzt sich in seinem neuen Buch für die Tilgung der Staatsschulden über EU-weite Finanztransaktions-, Vermögens- und Gewinnsteuern ein. Eine Strategie, die endlich die VerursacherInnen und ProfiteurInnen der Krise in die Pflicht nehmen und ihnen letztlich sogar nützen würde. Erscheint am 6. Februar 2012.

Retten wir den Euro!
Deuticke, Februar 2012
160 Seiten, 10,30 €
ISBN 978-3-552-06187-3

Weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten:
www.oegbverlag.at

Lehrausbildung: Wer profitiert, soll auch zahlen

Jugend braucht Zukunft

Gewerkschaftsjugend will faire Finanzierung der Lehrlingsausbildung.

Zukunftsansichten. Die Zahl der Lehrstellen sinkt, die Unternehmen beklagen den Fachkräftemangel, Qualifikationen aus unterschiedlichen Bildungssystemen (Fachhochschulen, Lehren, HTL etc.) werden wechselseitig nicht oder nicht ausreichend anerkannt – im Bereich der Lehrlingsausbildung gibt es einiges zu tun. „Die jungen Menschen brauchen sichere Zukunftsansichten“, sagt ÖGJ-Vorsitzender Jürgen Michlmayr. „50 Prozent Jugendarbeitslosigkeit wie in Spanien ist nichts, was wir uns für Österreich wünschen.“

2008 gab es noch rund 130.000 Lehrlinge in heimischen Unternehmen, jetzt sind es knapp 118.000. Nur ca. 20 Prozent aller Unternehmen bilden Lehrlinge aus. „Für die Lehrlingsausbildung wird Österreich in vielen Staaten beneidet, das sollten wir uns im eigenen Land auch zu Herzen nehmen“,

appelliert ÖGJ-Präsident Foglar. „Wir haben hervorragende Lehrlingsausbildung in vielen Unternehmen – aber zu wenig. Wir brauchen mehr und hochwertige und gut bezahlte Lehrstellen.“

Jammern reicht nicht

„Über Fachkräftemangel zu jammern genügt nicht“, kritisiert Michlmayr. „Und auch die

Ausrede, dass jetzt geburten-schwache Jahrgänge kommen und deshalb Lehrlinge fehlen, können wir so nicht gelten lassen.“ Damit mehr Betriebe ausbilden und damit auch die Finanzierung der Lehrlingsausbildung fairer wird, schlägt die ÖGJ daher unter dem Titel „Jugend braucht Zukunft – Wirtschaft braucht Fachkräfte“ eine Fachkräftemilliarde vor.

Betriebe, die nicht ausbilden, sollen in einen Topf zahlen. Wer ausbildet – und somit für alle Unternehmen für Fachkräfte sorgt – kann aus dem Topf etwas holen. Mit diesem Modell würde der immer wieder von ausbildenden Firmen angesprochene Wettbewerbsnachteil gegenüber nicht-ausbildenden Betrieben beseitigt werden.

ÖGJ-FACHKRÄFTEMILLIARDE

So funktioniert die ÖGJ-Fachkräftemilliarde:

- Höhe ein Prozent der Jahresbruttolohnsumme
- Förderung von Ausbildung und Beschäftigung von Jugendlichen und Weiterqualifizierungsmaßnahmen
- Einrichtung von Qualitätskompetenzzentren zur Sicherung der Qualität in der dualen Berufsausbildung
- Kosten der überbetrieblichen Ausbildung sollen von diesem Fonds gespeist werden

Viele Infos für Jugendliche und Lehrlinge unter www.oegj.at

Positionen: ÖGB und Gewerkschaften

Sozialstaat fairbessern

Der Sozialstaat hat durch die Krise geholfen, ihn gilt es zu stärken.

Sackgasse. Defizit verringern, Schulden abbauen – dass das geschehen muss, darüber sind sich alle einig – das Wie ist strittig. ÖGB, Gewerkschaften und Arbeiterkammer haben sich Ende Jänner ganz klar positioniert: Den Sozialstaat zusammenstreichen, um so die Schulden abzubauen, das führt in die Sackgasse, das verschärft die Krise. „Der Sozialstaat hat uns in der Krise stabilisiert“, sagt ÖGB-Präsident Erich Foglar. „Wir bekennen uns daher zu einem starken Sozialstaat: Wir müssen ihn verbessern, erneuern, damit er effizient, effektiv und bürgernah ist, ihn mit ausreichender Finanzierung sicher

machen und das Vertrauen in ihn wieder stärken.“

Casino.

Der Sozialstaat ist nicht schuld an der Krise oder an den gestiegenen Staatsschulden, im Gegenteil. Dass wir einen funktionierenden Sozialstaat haben, das hat durch die Krise geholfen. Um den Sozialstaat langfristig abzusichern und um das Staatsdefizit zu verringern, haben ÖGB und AK eine Reihe von Vorschlägen gemacht. Klar ist dabei: Es braucht auch neue Einnahmen. „Wer glaubt, Defizitabbau wird ohne neue Einnahmen gelingen, ist auf dem volkswirtschaftlichen Holz-



© Martina Komest-Murphy

weg“, stellt Foglar klar. Höhere Massensteuern, zum Beispiel Mehrwert- oder Mineralölsteuer, kommen für den ÖGB nicht infrage. Das schwächt die Kaufkraft und schadet der Wirtschaft. Auch Pensionskürzungen eignen sich nicht zur schnellen Geldbeschaffung. „Wer auf die Schnelle ein paar Milliarden will, soll ins Casino gehen – das Pensionssystem ist dafür nicht geeignet“, sagt ÖGB-Präsident Erich Foglar.

Gerecht.

Die Vorschläge des ÖGB sind seriös und tragen zu mehr sozialer Gerechtigkeit bei, außerdem dazu, dass die Profiteure der Krisenbekämpfung nun auch einen Beitrag leisten. Die Vorschläge betreffen viele Bereiche,

unter anderem: Durchforstung des Förderdschungels, Abschaffung der Rückvergütung der Mineralölsteuer in der Landwirtschaft, Nichtabsetzbarkeit von Managergehältern ab 500.000 Euro, Grundsteuer neu, Bekämpfung von Steuerhinterziehung, Lückenschluss bei der Körperschaftsteuer, vermögensbezogene Steuern, Anhebung der Beitragssätze in der Pensionsversicherung der Bauern und Selbstständigen um 0,5 Prozentpunkte auf 22,8 Prozent, Arbeitgeberbeitrag von einem Euro pro Überstunde – 50 Cent davon gehen an die Arbeitslosenversicherung, 50 Cent an die Krankenversicherung. Alle Forderungen und Vorschläge unter: www.oegb.at Mehr zum Sozialstaat: Seite 7



AK-Präsident Herbert Tumpel



ÖGB-Präsident Erich Foglar

ZITIERT: VIELHABENDE UND HABENICHTSE

»Die Wiedereinführung von Vermögenssteuern ist wirtschaftspolitisch Mumpitz.« WKÖ-Präsident Christoph Leitl

»Defizitabbau ohne neue Einnahmen ist ein volkswirtschaftlicher Holzweg.« ÖGB-Präsident Erich Foglar

»Neue Steuern vernichten Arbeitsplätze und Wachstum.«
Insaratenkampagne der Industriellenvereinigung

»Her mit den Millionen, her mit dem Zaster, her mit der Marie: Millionenerben und Superreiche besteuern!«
Innenministerin Johanna Mikl-Leitner

»Der Staat darf nicht zulassen, dass die Schere zwischen den Habenichtsen und den Vielhabenden weiter auseinandergeht.«
Caritas-Präsident Franz Küberl

»Die reichsten zehn Prozent besitzen 800 Milliarden Euro in Immobilien- und Finanzvermögen. Ganz niedrige Prozentsätze bringen große Erträge.«
AK-Experte Markus Marterbauer

»Die Finanzkrise war vermeidbar, Ursache war ein ‚enormes Versagen‘ von Regierung und Finanzaufsicht und ein ‚rücksichtsloses Risikomanagement‘ der Geldindustrie.«
Abschlussbericht der US-Untersuchungskommission zur Finanzkrise

»Jeder muss sparen, egal, ob arm oder reich!«
Fiona Swarovski

»Goldene Regel: Wer das Gold hat, macht die Regel.«
Frank Stronach



Angeregte Diskussionen unter den rund 400 TeilnehmerInnen.



Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25: Solidarität

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1.

Unternehmensgegenstand: Herstellung und Verbreitung literarischer Werke aller Art, Datenverarbeitung für Dritte, Handelsgewerbe und Handelsagenten, Werbung und Marktkommunikation. Geschäftsführung: Mag. Gerhard Bröthaler, MBA, DI (FH) Roman Grandits. Einziger Gesellschafter: ÖGB Beteiligungsgesellschaft m.b.H. Mehrheitsgesellschafter der ÖGB Beteiligungsgesellschaft m.b.H.: Österreichischer Gewerkschaftsbund. Sitz: Wien. Betriebsgegenstand: Herstellung und Verbreitung sowie der Verlag literarischer Werke aller Art, insbesondere von Büchern, Zeitungen und Zeitschriften, Kunstblättern, Lehrmitteln und Buchkalendern; die Erbringung von Dienstleistungen in der Informationstechnik, der Handel mit dem Betriebsgegenstand dienenden Waren sowie das Ausüben der Tätigkeiten einer Werbeagentur. Die Blattlinie entspricht jenen Grundsätzen, die in den Statuten und der Geschäftsordnung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (Fassung gemäß Beschluss durch den 17. Bundeskongress des ÖGB) festgehalten sind.

Frauenpensionen:

Finger weg

Der ÖGB ist weiterhin strikt gegen eine vorzeitige Anhebung des Frauen-Pensionsalters. Vielmehr müssen Maßnahmen gesetzt werden, die die Gleichstellung von Frauen stärken. „Frauen kämpfen sich mit schlecht bezahlten Jobs bis zur Pension durch, wenn sie nicht arbeitslos sind. Daher würde eine vorzeitige Anhebung das Budget nicht sanieren“, sagt ÖGB-Frauenvorsitzende Brigitte Ruprecht. Sie fordert den Ausbau der Kinderbetreuung, Frauenförderpläne in den Betrieben und altersgerechte Arbeitsplätze, von denen Frauen leben können. Das würde auch die Steuereinnahmen erhöhen. Und das Eintrittsalter der Frauen wird ohnehin an das der Männer angeglichen: Ab 2019 werden das Pensionsalter für vorzeitige Alterspensionen und ab 2024 die reguläre Alterspensionsgrenze schrittweise erhöht werden. www.oegb.at/frauen

Bildungsdialog:

Mehr, besser

Bereits zum dritten Mal trafen Sozialpartner, Industriellenvereinigung (IV) und MinisterInnen zum Bildungsdialog zusammen. Im Zentrum stand Ende Jänner das Thema Lehrlingsausbildung. Für den ÖGB ist dabei die Qualitätssicherung ein wesentlicher Punkt. „In allen Bildungsbereichen gibt es Qualitätssicherung, da darf die duale Berufsausbildung nicht zurückbleiben, auch die Qualität der Lehre muss ständig überprüft und verbessert werden“, sagte ÖGB-Präsident Erich Foglar. Die Wirtschaft sei immer sehr schnell dabei, Änderungen bei allen anderen zu fordern, bei sich selbst aber nicht. Beim Bildungsdialog waren sich Sozialpartner und IV einig, dass die duale Berufsbildung im Bildungssystem als gleichwertige Alternative zu den vollschulischen Berufsangeboten etabliert werden soll. Mehr: www.oegb.at

Adressänderungen:

Tel. 01/534 44-39100

Montag–Donnerstag 8–16.30 Uhr,
Freitag 8–13 Uhr.

Oder unter: www.oegb.at

i-move.at

Gedenken:

Gegen Ungeist

Am 27. Jänner, dem internationalen Holocaust-Gedenktag, fand sich ein breites Bündnis zum Gedenken und zum Protest gegen den am gleichen Tag in der Wiener Hofburg stattfindenden Burschenschaftlerball zusammen. „Im Konzentrationslager Auschwitz wurden insgesamt 1,4 Millionen Menschen ermordet, damals war vor der mörderischen Tat das hetzerische Wort“, sagte GPA-djp-Bundesgeschäftsführerin Dwora Stein bei der Gedenkundgebung. „Heute ist es möglich, Wahlkämpfe mit rassistischen und fremdenfeindlichen Parolen zu führen. Es ist möglich, dass Rechtsextreme im Büro des Dritten Nationalratspräsidenten arbeiten. Es ist möglich, dass Menschen, die nicht hier geboren oder die auf die Mindestsicherung angewiesen sind, als ‚Sozialschmarotzer‘ diffamiert werden. Und es ist möglich, dass Rechtsextreme aus ganz Europa am heutigen Tag der Befreiung von Auschwitz in der Hofburg tanzen.“ Die Kundgebung zeigte eindrucksvoll, dass es ein anderes, ein antifaschistisches Österreich gibt: Tausende Menschen demonstrierten am Heldenplatz. www.jetzzeichenetzen.at

Reisebüros:

Zitrone

Die Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier verleiht ArbeitgeberInnen die „Kollektivvertragszitrone“ – ein Preis für unfaires Verhalten. Die erste Auszeichnung dieser Art geht 2012 an die ArbeitgeberInnen der Reisebürobranche. Sie verweigert den über 10.000 Angestellten reallohnwirksame Gehaltserhöhungen. Die GPA-djp hat sich bei der Eröffnung der Wiener Ferienmesse am 11. Jänner mit einer Aktion an die Öffentlichkeit gewandt: Als „Anerkennung“ für die Verweigerung einer Gehaltserhöhung wurde den Vorständen und GeschäftsführerInnen die „Kollektivvertragszitrone“ verliehen. Bei der dritten Verhandlungsrunde am 26. Jänner überreichten BetriebsrätInnen den ArbeitgeberInnen Petitionen mit über 1.000 Unterschriften von Beschäftigten der Reisebürobranche. Kompromisse konnten am 26. Jänner noch keine gefunden werden, der nächste Verhandlungstermin ist für den 13. März anberaumt.

Einkommen: Gesetz soll Unterschiede abbauen

Richtig verhandeln

Gehaltsangabe in Stellenanzeigen: Mehr als 82 Prozent halten sich ans Gesetz.

Attraktive, junge Sekretärin gesucht. Ihr Lohn? Keine Angabe. Obwohl verboten, gibt es solche Stellenanzeigen nach wie vor – ob am Schwarzen Brett, in Zeitungen oder im Internet. Jobs, die nur für Frauen oder Männer vorgesehen sind, sind bereits seit 1985 verboten. Auch das Alter darf seit einigen Jahren kein Grund mehr für eine Einstellung oder Ablehnung sein. Und seit dem 1. Jänner 2012 müssen Unternehmen außerdem eine Strafe zahlen, wenn zum ausgeschriebenen Job das Mindesteinkommen nicht angegeben wird.

Strafen wirken

Es muss nicht nur angegeben werden, wie viel mindestens verdient werden kann, sondern auch, ob mehr gezahlt werden würde, als zum Beispiel im Kollektivvertrag vorgesehen ist. Das gilt auch dann, wenn nach einer geringfügig beschäftigten Aushilfe gesucht wird. „Das wird zu mehr Einkommensgerechtigkeit führen“, ist ÖGB-Frauenvorsitzende Brigitte Ruprecht überzeugt. Sie beklagt, dass die Sanktionen erst seit heuer gelten, denn nur in fünf Prozent der im vergange-



© ÖGB/Thomas Reimer

nen Jahr untersuchten Inserate wurde das Einkommen auch angegeben. BewerberInnen können mangelhafte Ausschreibungen an die Gleichbehandlungsanwaltschaft weiterleiten.

Tipps & Tricks

Das Einkommen zu verhandeln, bleibt Arbeitssuchenden aber nicht erspart. Denn Son-

derleistungen müssen in den Inseraten nicht angegeben werden. Und oft erhalten Frauen keine Zulagen, oder ihre Vordienstzeiten werden nicht angerechnet, weil sie nicht danach fragen. Ruprecht rät, sich vorab bei der zuständigen Gewerkschaft zu informieren, welche Sonderleistungen in der Branche üblich sind. Auch sollten

berufliche Erfahrungen und Weiterbildungen in das Gespräch eingebunden werden. Lebensläufe werden nämlich oft nur überflogen.

www.oegb.at/frauen

Der 8. März

Frauen verdienen noch immer um ein Viertel weniger als Männer. Dafür gibt es viele Gründe, die nicht gerechtfertigt sind. Darauf machen die ÖGB-Frauen auch heuer am Internationalen Frauentag am 8. März in ganz Österreich aufmerksam. Die Tradition des Frauentages geht übrigens auf die Arbeiterinnenbewegung um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert zurück. Damals wurden viele Frauen mehrfach ausgebeutet – als Frauen, Mütter und bei der Fabrikarbeit unter menschenunwürdigen Bedingungen. Ein selbstbestimmtes und unabhängiges Leben ist heute noch das Ziel der Frauenbewegung.

EU-Jahr: Generationensolidarität

Konflikt ist Kalkül

Bei älteren Menschen kürzen hilft Jüngeren gar nicht.

„Jung und Alt“, das war schon ein Schwerpunktthema im Rahmen der ÖGB-Kampagne FAIR TEILEN. 2012 ist das auch Motto der Europäischen Union, das genau „Europäisches Jahr für aktives Altern – Solidarität zwischen den Generationen“ lautet. Es geht um mehr und bessere Jobs für die zunehmende Zahl älterer Menschen, um gesundes Altern, aber auch um gute und ausreichende Ausbildung von Fachkräften.

Arbeit haben, arbeiten können

Für den ÖGB heißt es nicht erst 2012: Die Arbeitswelt muss für Menschen jeden Alters menschenwürdige Arbeitsbedingungen bieten. Das hat sich zuletzt zum Beispiel im Sozialpartnerkonzept zur Anhebung des faktischen Pensionsantrittsalters niedergeschlagen: „Arbeit haben und arbeiten können“ war für den ÖGB das Leitmotiv. Auch in der Frage der Solidarität zwischen den Generationen hat der ÖGB

ganz klare Positionen: „Es macht keine einzige sozialstaatliche Leistung für junge Menschen sicherer, wenn man der älteren Generation die Pensi-

»Bei Alten kürzen macht für Junge nichts sicherer.«

Jürgen Michlmayr

onen zusammenstreicht oder Menschen, die sich krankgearbeitet haben, den Zugang zu Pensionen erschwert“, sagte ÖGB-Vorsitzender Jürgen Michlmayr. Er reagierte auf Forderungen der Jungen Industrie, im Sozialsystem zu streichen, um die Schulden abzubauen. „Was die Junge Industrie da immer wieder von sich gibt, ist ein unwürdiger Auftakt zum EU-Jahr der Solidarität zwischen den Generationen“, meinte Michlmayr. „Der immer wieder beschworene Generationenkonflikt ist eher ein Wunschdenken diverser Experten oder schlichtweg poli-



Alt und Jung stehen auf der gleichen Seite.

© ÖGB/Sakzberg

tisches Kalkül, um den Menschen Sand in die Augen zu streuen“, ist auch Werner Thum, Vorsitzender der ÖGB-PensionistInnen, überzeugt.

Mehr tun!

Anstatt einen Keil zwischen junge und alte Menschen zu

treiben, fordert der ÖGB: Mehr Lehrstellen in Unternehmen, mehr Anstrengungen für gesunde Arbeitsplätze für Menschen jeden Alters, mehr Anstrengungen punkto Gleichstellung von Frauen in der Arbeitswelt und mehr Arbeitsplätze für ältere Menschen.



Reportage: Opel Wien-Aspern

Unfair, dass wir zahlen sollen

Auf Sicherheit, Kommunikation und Weiterbildung wird sehr viel Wert gelegt.

„Wir leben Autos“ so lautet das Leitmotiv von Opel. Das beweisen auch tagtäglich rund 2.000 Beschäftigte am Standort in Wien-Aspern. „Für die Produktion von Motoren und Getrieben sind derzeit etwa 1.400 Männer und rund 50 Frauen zuständig“, sagt Arbeiterbetriebsrätin Renate Blauensteiner. ÖGB-Präsident Erich Foglar hatte beim Betriebsbesuch Ende Jänner Gelegenheit, mit einigen von ihnen zu sprechen. Auch bei Opel sind die Krise und wer zu

lungsgerechtigkeit sprechen. Denn es ist an der Zeit, dass diejenigen einen Beitrag zahlen, die auch das Geld haben. Es ist unfair, dass nur ArbeitnehmerInnen zahlen.“

Hier sind die Leistungsträger

Dass die Beschäftigten die wahren LeistungsträgerInnen sind, das wird beim Besuch des ÖGB-Präsidenten im Motorenwerk deutlich: Beim Motorbau wird in drei Schichten, beim Getriebebau in zwei

Die Böden sind markiert, rechts geht man zu Fuß, links ist Platz für Staplerfahrer und der „Radweg“. Die ArbeiterInnen sind es im Gegensatz zu BesucherInnen gewohnt, immer nach

schlauchs, bei der Zahnradprüfung oder der Härterei – bei Opel wird sehr auf die Arbeitssicherheit geachtet.

An den Wänden hängen Sicherheitsanweisungen, die Mitar-

schlauch anbringt. „Es sieht schwieriger aus als es ist.“

Gemeinsam Lösungen finden

„Es werden immer wieder Weiterbildungsseminare angeboten, an denen die Beschäftigten teilnehmen können“, erzählt Koller. Viele MitarbeiterInnen nehmen das Angebot an, manche haben sich etwa vom Maschinenschlosser zum Elektroanlagentechniker ausbilden lassen. „Aus- und Weiterbildung ist für unseren Betrieb sehr wichtig. Genauso wie ein ehrlicher Umgang mit MitarbeiterInnen, denn dann werden auch in schwierigen Zeiten gemeinsam gute Lösungen gefunden“, sagt Generaldirektor Michael Lewald.



ihrer Bewältigung beitragen soll Dauerthemen. Dass zum Beispiel die Pensionen gekürzt werden sollen, um die Kosten der Krise zu bewältigen, das

Schichten gearbeitet. In der 1.200 Meter langen Werkshalle in Wien-Aspern herrscht angesichts der vielen Menschen, die hier arbeiten, strikte Ordnung:

links und rechts zu schauen, bevor sie die Gänge überqueren. „Da die Werkshalle riesengroß ist, gab es früher für jede/n Beschäftigte/n ein Fahrrad“, erzählt Betriebsrat Johann Koller. „Mittlerweile haben wir die Zahl reduziert, und sie werden nur dann benützt, wenn jemand eine lange Strecke vor sich hat.“

Gute Kommunikation

Ob bei der Instandhaltung, bei der Anbringung des Winkel-



»Jetzt müssen wir über Verteilungsgerechtigkeit reden.«

Erich Foglar

sehen die Kolleginnen und Kollegen beim Autohersteller nicht ein. Auch Erich Foglar kann nicht nachvollziehen, warum die ArbeitnehmerInnen schon wieder die Hauptlast tragen sollen. Beim Gespräch in Wien-Aspern stellt er klar: „Jeder redet von der Schuldenkrise. Wir müssen aber auch über Verteil-



beiterInnen tragen Handschuhe und wo notwendig auch Gehörschutz, denn in manchen Abteilungen ist der Geräuschpegel sehr hoch.

Auch auf Umweltschutz und Teamgeist wird viel Wert gelegt. „Ich bin vor einem Jahr zu Opel gewechselt, weil meine alte Firma verlagert wurde, und bin sehr zufrieden. Mit meinen Kollegen verstehe ich mich sehr gut, es herrscht ein angenehmes Arbeitsklima“, erzählt Gabriele Graf, während sie mit einer gewissen Routine den Winkel-



Mitsprache: Betriebsräte als Versicherung

Dampf machen

Gewerkschaft PRO-GE in Tirol geht Betriebsratsgründungen an.

Feuerwehr. Sie sind Versicherung in schlechten Zeiten, haben aber auch in guten Zeiten viel zu bieten: BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen in den Betrieben und Dienststellen.

Von der Mitsprache bei innerbetrieblichen Lohn- und Gehaltssystemen, dem Abschluss von Betriebsvereinbarungen, dem Kampf gegen Verschlechterungen über Verhandlungen

bei Sozialplänen bis hin zum sommerlichen Betriebsgrillfest – das und mehr ist die tagtägliche Arbeit der BelegschaftsvertreterInnen.

Besser dran

ArbeitnehmerInnen mit gewählten Vertretungen in den Firmen sind besser dran. Die Gewerkschaft PRO-GE, Ortsgruppe Schwaz-Jenbach, will nun noch mehr Beschäftigten

in Tirol zu BetriebsrätInnen verhelfen. „Wir werden weiterhin mit großem Einsatz die regionalen Betriebsratskörperschaften unterstützen, wollen aber künftig ArbeitnehmerInnen von Unternehmen, die keine innerbetriebliche Vertretung genießen können, bei der Gründung noch intensiver unterstützen“, meint Franz Lanthaler, Vorsitzender der PRO-GE-Ortsgruppe Schwaz.



Franz Lanthaler
von der PRO-GE Tirol
will für mehr
Betriebsräte sorgen.

© OGB Petra Oberleitner

WEITBLICK BEWEISEN.
Das macht einen verlässlichen Partner aus.

Eingreifen

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten versuchen ArbeitgeberInnen oft, den Druck auf die ArbeitnehmerInnen abzuwälzen. Allein kann sich keiner dagegen wehren. „Ein Betriebsrat greift ein, informiert und hilft allen, damit sie zu ihrem Recht kommen. Wir Betriebsräte sorgen dafür, dass keiner unter die Räder kommt. Wir können zwar nicht verhindern, dass es innerhalb der Firmenleitung zu Fehlern kommt, aber immerhin darauf schauen, dass diese Fehler nicht auf Kosten der Interessen der ArbeitnehmerInnen gehen“, ergänzt Lanthaler.

Verbesserungen

Die PRO-GE-Ortsgruppe Schwaz-Jenbach will, so wie alle anderen Gewerkschaften auch, dass in allen Unternehmen BetriebsrätInnen dafür sorgen, dass Betriebsvereinbarungen verhandelt werden, diese ebenso wie die Kollektivverträge eingehalten werden und vor allem Vorschläge zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Sicherheit auch letztendlich umgesetzt werden. „Schwazer und Jenbacher ArbeitnehmerInnen haben ein Recht auf Mitsprache bei der Gestaltung der Arbeitsplätze, bei Personal- und Wirtschaftsangelegenheiten, können zu Kündigungen und Entlassungen Stellung nehmen und diese bei Gericht anzufechten. Das geht dann halt nur mit einer BR-Körperschaft“, so Lanthaler abschließend.

TIPP

In Firmen ab fünf MitarbeiterInnen sind Betriebsräte zu wählen, das sieht das Arbeitsverfassungsgesetz vor. Die Gewerkschaften helfen bei der Vorbereitung und Durchführung von Betriebsratswahlen. Alle Informationen zum Thema Betriebsratsgründung gibt es im Internet unter www.betriebsraete.at

Niemand weiß, was die Zukunft bringt. Die Wiener Städtische ist für Sie da und zeigt Ihnen, was Sie heute tun können, damit es Ihnen auch morgen gut geht. Nähere Infos unter 050 350 350, auf www.wienerstaedtiche.at oder bei Ihrem Berater.

IHRE SORGEN MÖCHTEN WIR HABEN

**WIENER
STÄDTISCHE**
VIENNA INSURANCE GROUP



Defizitabbau: Faire Steuern

Keine „Suppenküche“

Diejenigen, die von den Krisenpaketen profitiert haben, sollen jetzt einen fairen Beitrag leisten.

Der Sozialstaat sorgt dafür, dass der erwirtschaftete Betrag der ArbeitnehmerInnen auch bei ihnen ankommt, bietet Beschäftigung und ermöglicht Wachstum. Deswegen muss er gerade in Krisenzeiten gestärkt werden.

„Die ArbeitnehmerInnen sind nicht schuld an der Krise“, stellt ÖGB-Präsident Erich Foglar klar. Denn die Budgetkrise ist eine Folge der Finanzkrise, die von der Finanzindustrie ausgelöst wurde. Damals bekamen die VerursacherInnen Rettungspakete, heute verlangen sie eine Budgetkonsolidierung. „Wenn ein Wahnsinniger unser Haus anzündet, werden wir trotzdem zum Feuerlöscher greifen müssen“, erklärt der ÖGB-Präsident und spricht sich für die Überprüfung der Effizienz aus, was aber „nicht allein auf Kosten der ArbeitnehmerInnen gehen darf“. Er fordert: „Das Konsolidierungspaket darf keine Elemente enthalten, die Wachstum, Beschäftigung, Kaufkraft und Konsum schwächen“, und bekennt sich zu „einem starken Sozialstaat“.

Nur Reiche können verzichten

„Der Sozialstaat ist keine ‚Suppenküche‘ für Arme. Er sorgt für gesellschaftliche Umverteilungswirkung, damit der wirtschaftliche Ertrag der ArbeitnehmerInnen auch bei ihnen ankommt“, erklärt ÖGB-Volkswirt Georg Kovarik. Wenig- und MittelverdienerInnen erhalten im Schnitt mehr an öffentlichen Leistungen, als sie an Steuern und Abgaben zah-



len. Das untere Einkommensdrittel macht durch den staatlichen Umverteilungsprozess neun Prozentpunkte Gewinn auf sein Brutto-Einkommen, das mittlere Einkommensdrit-



Georg Kovarik: „Brauchen Investitionen in Ausbildung, Kindergärten und Pflege.“

tel bekommt durch Sekundärleistungen des Staates (Gesundheit, Familie, Arbeitslosigkeit, Pflege) und Abzug der Lohnsteuer drei Prozentpunkte dazu. „Nur der wirklich Reiche kann darauf verzichten“, ist Kovarik überzeugt.

Die Kluft wächst

Laut Kovariks Studie klafft die Kluft zwischen Arm und Reich in den OECD-Ländern so weit auseinander wie seit 30 Jahren nicht mehr. 2010 gab es allein in Österreich einen Höchststand der manifest Armen (511.000).

Dafür verantwortlich sei die Liberalisierung des Arbeitsmarktes. Der sozialen Ungleichheit sei nur mit steuerlichen und sozialpolitischen Maßnahmen beizukommen. In einem Sozialstaat sind die ArbeitnehmerInnen durch das

Zahlen ihrer Beiträge gegen die Lebensrisiken versichert. „Durch die Arbeitslosenversicherung wurde eine Verschärfung der Rezession verhindert. Die Betroffenen wurden aufgefangen und ihre Kaufkraft erhalten“, bringt Kovarik ein Beispiel. Er ist überzeugt: „Staaten mit einem starken Sozialstaat schneiden in der Krise besser ab. Wir brauchen soziale Investitionen in Ausbildung, Kindergärten und Pflege“, so Kovarik. Das schafft Arbeitsplätze, mehr Beschäftigung und Konsum, was das Wachstum fördert. Deswegen fordert ÖGB-Präsident Foglar vermögensbezogene Steuern (Reichen- und Finanztransaktionssteuer), denn „nur mit neuen Einnahmen ist ein starker Sozialstaat möglich“.

Milena Borovska

Europas Jugend: Mitreden

Ab April 2012 kann die europäische Bevölkerung im Rahmen einer Bürgerinitiative Unterschriften sammeln und Anstoß für ein neues EU-Gesetz geben. Österreich ist das einzige Land, in dem Jugendliche ab 16 Jahren unterschreiben können. Die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) hat Ende 2011 eine schriftliche Umfrage unter österreichweit 1.296 SchülerInnen zwischen 16 und 20 Jahren durchgeführt (BG, BRG, BORG, HAK, HTL, HILW, Fachschule, Handelsschule, Berufsschule). Österreichs Jugendliche ab 16 Jahren befürworten die Einführung der Europäischen Bürgerinitiative zu insgesamt 96 Prozent. Obwohl zwei Drittel (67 Prozent) der SchülerInnen es für unwahrscheinlich halten, dass auf eine erfolgreiche Europäische Bürgerinitiative tatsächlich gesetzgeberische Maßnahmen folgen, planen sie, die Europäische Bürgerinitiative als neues europäisches Mitspracherecht auch zu nützen: 90 Prozent wollen eine Bürgerinitiative unterschreiben, wenn ihnen das behandelte Thema wichtig ist. Auch welche Themen den jungen Menschen wichtig sind, wurde abgefragt: Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit stehen ebenso auf der Liste wie die Abschaffung der Atomkraftwerke, mehr Transparenz bei den europäischen Institutionen oder die Ernennung von JugendvertreterInnen in den Institutionen der EU als Sprachrohr für ihre Anliegen.

EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE

Die Bürgerinnen und Bürger haben das Recht, gehört zu werden.

Ab 1. April 2012 steht in Europa ein neues Instrument für direkte Demokratie zur Verfügung. EU-Bürgerinnen und -Bürger können von der EU-Kommission eine konkrete Gesetzesvorlage verlangen. Dafür braucht es in Zukunft:

- mindestens eine Million Unterschriften innerhalb eines Jahres
- aus mindestens sieben EU-Mitgliedstaaten und
- je nach Einwohnerzahl eines Landes eine Mindestzahl an Unterschriften (für Österreich z. B.: 14.250).

Werden Sie aktiv!
Wir unterstützen Sie dabei:
ebi.zukunfteuropa.at

EUROPÄISCHE
Bürger INITIATIVE

Neu ab April

Eine Information der Europapartnerschaft, finanziert aus Mitteln der Europäischen Union.

Betriebsräte: Auch online aktiv

Kollege Blog weiß Rat

Nützliches Werkzeug Internet. Wer seine KollegInnen gezielt erreichen will, vertraut nicht bloß auf die Betriebsratszeitung.

Unzufriedenheit, Umbrüche, Aufbruch, Einerlei, ob es Web 2.0 oder Social Media heißt – wichtige Inhalte müssen in einer sich stetig verändernden Arbeitswelt möglichst breit gestreut werden. Viele Betriebsräte sind deshalb mittlerweile unter die BloggerInnen gegangen, haben ihre Blogs ohne großen Aufwand auf den Servern des ÖGB eingerichtet. Unter einem Blog versteht man

»Größeres Interesse der Belegschaft, wenn Themen auch im Netz stehen.« *Werner Drizhal*

ein auf einer Webseite geführtes Journal. Es ist leicht zu benutzen und kann schnell aktualisiert werden. „Wir können jetzt viel schneller auf Ereignisse reagieren, der Blog hat unsere Arbeit verbessert“, erklärt Karl Heimberger, Betriebsrat des wissenschaftlichen Personals der MedUni Wien. Unter www.muw-betriebsrat.at werden bereits seit drei Jahren Infos über den Betriebsrat, aktuelle Unternehmensmel-



Der Online-Betriebsrat – rund um die Uhr erreichbar ...

dungen, Zeitungsartikel und für die Firma politisch relevante Fakten präsentiert. Langeweile ist freilich auch bei einem Betriebsratsblog tabu: Betriebliche oder gesetzliche Regelungen können etwa anschaulich erklärt oder KollegInnen zu Gastbeiträgen und Kommentaren auferufen, Aktionen des ÖGB oder der AK

genau wie andere Blogs miteinander bezogen werden.

Was Betriebsräte tun

Werner Drizhal, Geschäftsleiter Bildung, Gewerkschafts- und Personalentwicklung bei der GPA-djp: „Blogs bringen der Belegschaft ins Bewusstsein, was der Betriebsrat überhaupt für sie leistet.“

Drizhal, der sich mit vielen BetriebsrätInnen über ihre Blogger-Erfahrungen ausgetauscht hat, weiß: „Seitdem Betriebsräte die Themen ihrer Sitzungen ins Netz stellen, gibt es vonseiten der Belegschaft größeres Interesse an der Betriebsratsarbeit.“

Einblicke

Heimberger und Drizhal gehören zu den Autoren von „Soziale Bewegungen und Social Media – Handbuch für den Einsatz von Web 2.0“ (ÖGB-Verlag). Das Buch bietet neben Tipps und Anregungen spannende Einblicke in soziale Bewegungen. Breit streuen, die Mehrheit erreichen: Mittels eines Blogs können MitarbeiterInnen etwa schnell erfahren, wie viele andere KollegInnen oder Abteilungen in der Firma von Überstunden betroffen sind. Höchste Zeit, denn pro Jahr werden 187 Millionen Überstunden geleistet – ein großer Teil davon unbezahlt. Ein Betriebsratsblog sollte auch im Netz und nicht bloß im betriebsinternen Intranet abrufbar sein: „Denn viele Mitarbei-

terInnen schauen nämlich am Wochenende auf die Seite und informieren sich in aller Ruhe“, erklärt Karl Heimberger. Wichtig ist eine Kontakt-E-Mail-Adresse, dann können sich KollegInnen vertrauensvoll an den Betriebsrat wenden. Das persönliche Gespräch kann aber auch ein gut geführter Blog nicht ersetzen.

Christian Reisel



Die „Solidarität“ verschenkt zehn Exemplare: Hans Christian Voigt und Thomas Kreiml (Hrsg.), „Soziale Bewegungen und Social Media“. Mail an soli@oegb.at senden, die ersten zehn bekommen je ein Buch.

SICHERHEIT
 ERTRAGSCHANCE

INVESTMENTSERVICE

**WIR VERLÄNGERN PROSIT NEUSPAR
AUCH NOCH IN DEN FEBRUAR!**

SOGAR BIS ZU
2,625% P.A.
FÜR KONTOBOX
GOLD/FLEX INHABER
BIS 30.6.2012*

**BIS ZU 2,25% P.A.
FÜR NEUGELD BIS 30.6.2012**

Aktion für Neueinzahlungen von 3.1 bis 29.2.2012:

Guthabensabhängige Bonusverzinsung zwischen 1,025% p.a. und 2,25% p.a. fix bis 30.6.2012 für die ZinsvorteilsCard. Z.B. 2,25% p.a. für Neugeld ab einer Gesamteinlage von € 100.000,-. Ab 1.7.2012 variable Verzinsung zu Standardkonditionen, z.B. 1,6% p.a. ab € 100.000,- Einlage**.

www.bawagpsk.com

Mitten im Leben.



Als Neugeld sind Gutschriften zu verstehen, die bis 29.2.2012 auf Ihrer/m ZinsvorteilsCard/KontoBox Anlagekonto einlangen und den am 2.1.2012 bestehenden Guthabensbetrag auf diesem Konto erhöhen. Umbuchungen zwischen BAWAG P.S.K. Anlagekonten gelten nicht als Neugeld. Voraussetzung für Bonusverzinsung: aufreichte/s ZinsvorteilsCard bzw. KontoBox Anlagekonto bis 30.6.2012 *) gilt für das KontoBox Anlagekonto Premium für Neueinzahlungen ab einer Gesamteinlage von € 100.000,-; ab 1.7.2012 Aufschlag von 0,375% p.a. auf die variable Standardverzinsung der ZinsvorteilsCard **) Stand: Februar 2012

Zeitarbeit: Zehn Jahre klare Regeln

Ein Meilenstein für alle

Vor zehn Jahren erreichte die Metaller-Gewerkschaft einen Kollektivvertrag für ZeitarbeiterInnen.

Rund 27.000 ZeitarbeiterInnen waren vor zehn Jahren, am 1. März 2002, vom Inkrafttreten des Kollektivvertrags für die Arbeitskräfteüberlassungsbranche betroffen. Inzwischen hat sich die Zahl fast verdreifacht: Ende Juli 2011 gab es in 1.952 Überlasserbetrieben 74.783 Beschäftigte. „Vor dem Kollektivvertrag ging es in der Branche zu wie im Wilden Westen“, sagt PRO-GE-Vorsitzender Rainer Wimmer. „Mit dem Kollektivvertrag sind Regeln in Kraft getreten – für die ArbeitnehmerInnen und für die Firmen. Das zeigt einmal mehr, dass auch die Branchen Interesse an klaren Spielregeln für alle haben.“ Es müsse aber weiterhin für Verbesserungen gekämpft werden: „Schluss sein muss zum Beispiel mit der gängigen Praxis von einvernehmlichen Auflösungen der Arbeitsverhältnisse. Denn so umgehen viele Arbeitgeber den Kündigungsschutz. Die Folge sind massive Entgeltverluste für die Betroffenen“, kritisiert Wimmer.

14 Millionen Schilling

Der Weg zu diesem bis heute in Europa einzigartigen Kollektivvertrag war hart: Fünf lange Jahre dauerte es, bis die damalige



Pressekonferenz nach Abschluss des Kollektivvertrags 2002

Gewerkschaft Metall-Textil (heute PRO-GE) zu einem positiven Abschluss mit den zuständigen Arbeitgebern kam. Es gab Gespräche, Verhandlungsunterbrechungen, Uneinigkeit bei den Arbeitgebern, eine gemeinsame Plattform von Arbeitgebern und Gewerkschaften und sogar einen Verhandlungsabbruch durch die Arbeitgeber. Um den Druck zu erhöhen, startete die Gewerkschaft eine Kampagne: ZeitarbeiterInnen waren aufgefordert, ihre Lohnabrechnungen überprüfen zu lassen, bei nicht korrekten Auszahlungen klagte die GMT für Mitglieder das fehlende Geld

ein. Rund 14 Millionen Schilling wurden so erstritten. Am 15. Jänner 2002 haben Arbeitgeber und Gewerkschaft den neuen Kollektivvertrag schließlich unterschrieben. Die wesentlichen Inhalte: Klare Regelung der Bezahlung; es gelten jene Kollektivvertragslöhne, die die ArbeiterInnen des Beschäftiger-

betriebes für vergleichbare Tätigkeiten bekommen. In bestimmten, definierten Branchen sind je nach Qualifikation Zuschläge zu bezahlen. Kündigungsverbot nach Einsatzende, Kündigungsfristen, Regelungen bei Dienstreisen sowie Weihnachts- und Urlaubsgeld wurden ebenfalls im Kollektivvertrag vereinbart.

Geordnete Verhältnisse

Rudolf Nürnberger, Vorsitzender der Gewerkschaft Metall-Textil, bezeichnete den Abschluss des Kollektivvertrages vor zehn Jahren als großen Durchbruch. „Der Kollektivvertrag widerspiegelt die Sinnhaftigkeit und die konstruktive Gestaltungsfähigkeit der Sozialpartnerschaft und das gemeinsame Streben von Arbeitnehmern und Arbeitgebern nach geordneten Verhältnissen in der Wirtschaft.“

ALLE INFOS

Die Gewerkschaft PRO-GE vertritt die ZeitarbeiterInnen, im Internet gibt es alle wichtigen Informationen auf einer Seite zusammengefasst. Viele praktische und rechtliche Tipps sind auf einen Blick in einer Sondernummer des Mitgliederzeitungsmagazins „Glück auf!“ gesammelt. Alle Infos unter: www.leiharbeiter.at



Abschluss nachholen:

Neue Chance

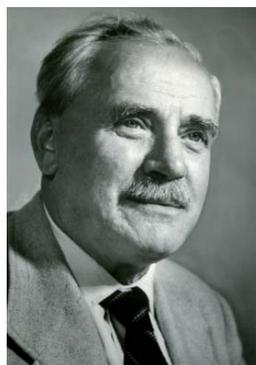
„Ein fehlender Schulabschluss ist oft der Grund für Arbeitslosigkeit. Jetzt besteht die Möglichkeit das auszugleichen“, sagte ÖGB-Vizepräsidentin Sabine Oberhauser, nachdem eine weitere Forderung des ÖGB im Bildungsbereich erfüllt wurde. Rund 280.000 Menschen haben keinen positiven Schulabschluss, etwa 50.000 davon haben die Pflichtschule überhaupt abgebrochen. Das ist sehr oft der Grund dafür, dass sie keinen Arbeitsplatz finden oder ihr Leben mit Billigjobs fristen müssen. Oberhauser: „Diese Menschen erhalten nun eine neue Chance und die Möglichkeit auf ein besseres Leben. Wichtig dabei ist, dass die Finanzierung der Bund und die Länder übernehmen. Damit wurde auch ein weiterer Mosaikstein auf dem Weg zu einem modernen Bildungssystem gelegt, das sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert.“

Infos: www.bfi.at

Wissenschaft: Stipendien

ÖGB fördert Studierende

Nach Johann Böhm ist ein Fonds benannt, aus dem es für Studierende bis zu 5.000 Euro gibt.



Johann Böhm, 1886 geboren, gehörte 1945 zu den Gründern des ÖGB, dessen Präsident er bis 1959 war. Böhm und seine WeggefährterInnen haben nicht nur den ÖGB geprägt, sie haben auch die Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen als wesentlichen Teil der Gesellschaft, der Wirtschaft und der sozialen Sicherheit in dieser Republik verankert. Damit war der Grundstein gelegt für den überparteilichen ÖGB – ein Mo-

dell, an dem der ÖGB bis heute festgehalten hat.

Bis zu 5.000 Euro

Nach Johann Böhm ist auch ein Fonds benannt, aus dem der ÖGB wissenschaftliche Arbeiten von Studierenden fördert – mit bis zu 5.000 Euro. „Zu vielen Themen, die für die Ar-

beitnehmerInnen wichtig sind, gibt es so gut wie gar keine wissenschaftlichen Ergebnisse“, sagt Bernhard Achitz, Leiter der Sekretär des ÖGB. „Der Johann-Böhm-Fonds fördert deshalb die Forschung zu Themen, die für die ArbeitnehmerInnenvertretung von Bedeutung sind.“

Der ÖGB vergibt jedes Jahr vier bis sechs Stipendien, die je nach Art der wissenschaftlichen Arbeit mit bis zu 5.000 Euro honoriert werden. Ziel ist es, qualitativ hochwertige Arbeiten zu bekommen, die dann dem ÖGB-Verlag zur Publikation vorgeschlagen werden können.

SO BEWERBEN SIE SICH

Im Wintersemester 2011/12 werden Arbeiten zu folgenden Themen gefördert:

- Soziale Verteilungswirkungen in der Wirtschaftskrise
- Psychosoziale Belastungen am Arbeitsplatz – Prävention statt Zusammenbruch
- Erhebung des Potenzials für Regionalbahnen
- Scheinselbstständigkeit im Transportgewerbe
- Der internationale ArbeitnehmerInnen-Datenschutz
- Einheitliche Regeln zur Entgeltfortzahlung bei Krankheit und Unfall für ArbeiterInnen und Angestellte – eine volkswirtschaftliche Abschätzung der Kosten und der Kostenverteilung

Spätestens zum Zeitpunkt der Bewerbung muss der/die BewerberIn Gewerkschaftsmitglied sein. Details zur Vergabe der Stipendien und zu den einzelnen Themen: www.oegb.at/stipendien

ACHTUNG! Die Bewerbungsfrist endet am 15. Mai 2012.

MigrantInnen:

Nachteile

MigrantInnen sind am Arbeitsmarkt immer noch stark benachteiligt. Ein Drittel der Wiener Beschäftigten mit Migrationshintergrund wird laut AK-Studie unter dem eigentlichen Ausbildungsniveau eingesetzt. Entsprechend niedrig sind die Einkommen: 60 Prozent der Migranten verdienen höchstens 1.400 Euro netto, bei Frauen sind es sogar 68 Prozent. Überdurchschnittlich hoch ist das Arbeitslosigkeitsrisiko. Ein Grund: Probleme mit der Anrechnung von im Ausland erworbener Qualifikation. AK und ÖGB fordern schnellere, gezielte Anerkennung dieser Kenntnisse. Bisher beantragt weniger als ein Fünftel die Nostrifikation der Ausbildung.



Skiurlaub:

© Weidhauf

Angebot

Mitglieder können mit dem ÖGB ihre Geldbörse schonen – dieses Mal beim Skifahren in Salzburg.

Um die Ermäßigung in Anspruch nehmen zu können, ist an der Kassa die ÖGB-Mitgliedskarte vorzuweisen. Familienmitglieder müssen sich mit der e-card ausweisen. In welchen Ski-gebieten die günstigen Preise gültig sind und alles weitere zur Aktion erfahren Sie unter: www.oegb.at

Teilzeitarbeit:

Unfreiwillig

Viele Studien zeigen, dass Frauen oft zu Teilzeitarbeit gezwungen sind, weil die Bedingungen schlecht sind. „Wir brauchen familienfreundliche Arbeitsplätze, vor allem familienfreundliche Kinderbetreuungsangebote“, fordert ÖGB-Frauenvorsitzende Brigitte Ruprecht und sieht die Wirtschaft vor allem auch dort gefordert, wo man von Teilzeit leben könnte – und zwar bei gut bezahlten, qualifizierten Tätigkeiten. Dort werden nur Vollzeitstellen angeboten. Der ÖGB fordert deshalb das Recht auf Wechsel der Arbeitszeit.

Verbesserungen:

Wir waren's!

Neben höheren Löhnen und Gehältern verhandeln Gewerkschaften bei den jährlichen Kollektivvertragsverhandlungen immer auch über bessere Rahmenbedingungen. In mehreren Branchen haben sie Verbesserungen für die Frauen erreicht, indem Karenzzeiten nun besser angerechnet werden. „Das ist immer noch ausschließlich ein Erfolg der verhandelnden Gewerkschaften“, sagt ÖGB-Frauenvorsitzende Brigitte Ruprecht. Der Generalsekretär des ÖAAB hatte diesen Erfolg dem ÖAAB unter Innenministerin Mikl-Leitner zugeordnet. Ruprecht zweifelt überhaupt das frauenpolitische Engagement von Mikl-Leitner an, weil diese immer wieder eine rasche Anhebung des Frauensalters fordert.

Mahlzeit: Kimchi

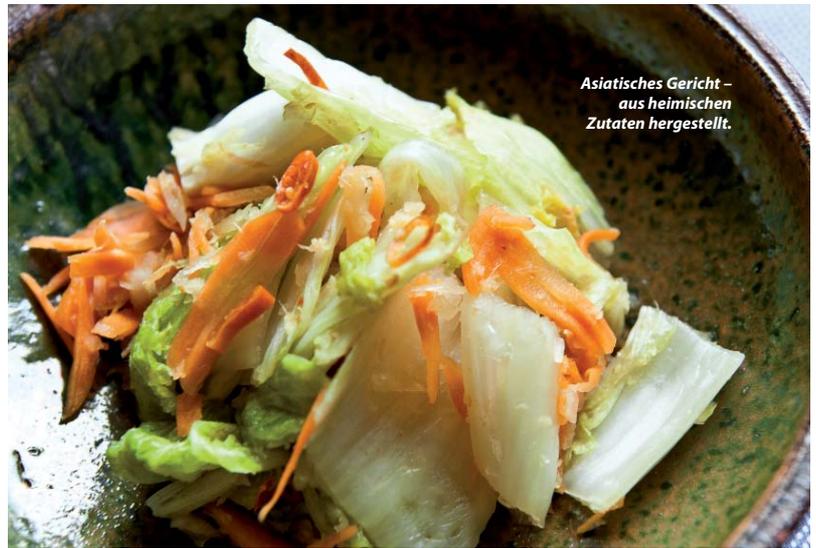
Antibiotikum aus Fernost

Was für MitteleuropäerInnen das milde Sauerkraut, ist für die KoreanerInnen das scharfe Kimchi.

Wintergemüse. Ende Jänner hat es heuer werden müssen, bis der Schnee auch den Osten Österreichs erinnert hat, dass eigentlich Winter ist. Und daran, dass man sich im Winter von Wintergemüse ernähren sollte, von Gerichten aus Zutaten, die nicht quer durch Europa gekarrt werden müssen oder in Glashäusern auf Erntegröße beheizt werden. Essen wir also Winteräpfel und typische Speisen aus heimischer Pflanzung: rote Rüben, Kohlsprossen, Karotten, Sauerkraut und – Kimchi.

Roh oder gekocht

Die Leibspeise der KoreanerInnen ist zwar exotisch und scharf, lässt sich aber aus heimischem Gewächs herstellen, nämlich aus Karotten, weißem Rettich und vor allem aus dem derzeit in allen Supermärkten aufliegenden Chinakohl. Na gut, Ingwer, Chili und Fischsauce haben eher längere Transportwege hinter sich, aber das trifft ja auf die meisten Gewürze zu. Chinakohl kann man kochen: Kochsalat. Oder roh essen: Salat. Oder vergären lassen – dann hat man Kimchi, den fernöstlichen Verwandten unseres Sauerkrauts, der bei keinem koreanischen Essen fehlt. Chinakohl schneiden, die Blätter mit Salz (etwa 100 Gramm) in ein Gefäß



Asiatisches Gericht – aus heimischen Zutaten hergestellt.

schichten, mit Wasser bedecken und dann beschweren, sodass die Blätter auch wirklich unter Wasser getaucht werden. Einen Tag stehen lassen, dann Salz abwaschen. Eine Karotte und ein Stück weißen Rettich in Streifen hobeln, mit zwei gehackten Frühlingszwiebeln, viel Ingwer und Knoblauch, mit Chili sowie koreanischer Fischsauce (vietnamesische funktioniert auch), Salz und einer Prise Zucker vermengen. Mit dem Kohl mischen und in Gläser füllen. Gleich es-

sen oder – so wie's eigentlich gehört – mit Klarsichtfolie abdecken, ein paar Tage oder Wochen kühl stehen lassen. Achtung, Milchsäuregärung! Das stinkt manchmal nach Schwefel.

Natürliches Heilmittel

Das für EuropäerInnen gewöhnungsbedürftige scharf-saure Kraut ist ein großzügiger Vitamin-C-Spender und dank Ingwer ein natürliches Antibiotikum. Letzteres Naturheilmittel ist umfassend erforscht; nachge-

wiesene Wirkung wird ihm zum Beispiel gegen Übelkeit auf Schiffen oder in Autos bescheinigt, bei der Wundheilung und zur Behandlung von Verkühlungen. Mit seiner Schärfe hat es zu tun, dass in England das Aufpeppen „to ginger up“ genannt wird: Zum Verkauf bestimmten Rössern wurde ein Stück von der Knolle als Zäpfchen verabreicht, und scheinbar stolz trugen sie den Schweiß höher.

Florian Kräftner

Haushaltskasse: Lohnsteuerausgleich

Holen Sie Geld zurück!

Lassen Sie Ihr Geld nicht liegen – einige Hundert Euro sind meistens zu holen!

Verschenken? Jedes Jahr schenken ArbeitnehmerInnen dem Finanzamt Millionen von Euro. Und das nur, weil sie die ArbeitnehmerInnenveranlagung nicht machen. Die Lohnsteuer wird so berechnet, als ob jemand das ganze Jahr über gleich viel verdient hat. Doch das ist nicht immer der Fall. Viele Menschen haben ein schwankendes Einkommen, sind zwischendurch arbeitslos oder wechseln den Job.

Bei der ArbeitnehmerInnenveranlagung wird die Steuer

neu berechnet – wenn man zu viel bezahlt hat, gibt es Geld zurück. Und das fünf Jahre rückwirkend.

Es lohnt sich

Auch Lehrlinge oder AlleinverdienerInnen, die nur wenig verdienen beziehungsweise gar kein Einkommen aus unselbstständiger Erwerbstätigkeit haben, sollten den Steuerausgleich machen. Denn Abgaben in der Sozialversicherung fallen auch für sie an. Und bis zu zehn Prozent der geleisteten Sozial-



versicherungsbeiträge, maximal 110 Euro im Jahr, können sich ArbeitnehmerInnen, die keine Steuern zahlen, als Negativsteuer von der Finanz zurückholen.

AlleinerzieherInnen oder AlleinverdienerInnen mit mindestens einem Kind haben die Möglichkeit, zusätzlich den AlleinerzieherInnen- bzw. den AlleinverdienerInnenabsetzbeitrag zu beantragen.

So geht's

Dazu muss man einen Antrag auf ArbeitnehmerInnenveranlagung ausfüllen. Den Antrag kann man immer erst nach Ablauf des jeweiligen Kalenderjahrs stellen. Die notwendigen Formulare gibt es beim Wohnsitzfinanzamt oder im Internet unter www.bmf.gv.at. Oder man führt den Steuerausgleich elektronisch über „FinanzOnline“ durch. www.oegb.at/steueraktion

Der ÖGB unterstützt seine Mitglieder

Das ÖGB-Servicecenter unterstützt Mitglieder bei der Einreichung der ArbeitnehmerInnenveranlagung über FinanzOnline und telefonisch im Vorfeld bei der Beantragung des Online-Codes. Die Beratungen finden jeden ersten Montag im Monat von 13.00 bis 16.00 Uhr statt.

Terminvergabe unter: 01/534 44-39100.

Arbeitsrecht: Sklavenähnliche Bedingungen trotz Reichtums

Billig-Arbeit in Dubai & Co.

Situation der MigrantInnen ruft Menschenrechts- und Gewerkschaftsorganisationen auf den Plan.

MigrantInnen. Mit Geld kann man sich (zu) viele Dinge kaufen, auch Einfluss. Aber Geld ist nicht alles. Das beweist das Emirat Katar mit der Hauptstadt Doha. Der Kleinstaat ist dank seiner Erdgasvorkommen das reichste Land der Welt: Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf liegt bei mehr als 80.000 Dollar. Das Emirat, an dessen Staats- und Regierungsspitze ein Scheich steht, zählt knapp zwei Millionen Einwohner – 80 Prozent von ihnen sind MigrantInnen, in erster Linie aus Indien, Pakistan, Nepal und Sri Lanka. Diese müssen mit ansehen, wie ihre Arbeitsrechte mit Füßen getreten werden.

Skandalöse Zustände

Zwar boomt auf der arabischen Halbinsel in Emiraten wie Katar oder Dubai speziell der Bausektor. Doch bereits im Vorjahr protestierten internationale KünstlerInnen gegen die Arbeitsbedingungen beim Bau des Guggenheim-Museums in Abu Dhabi, der Hauptstadt der Vereinigten Arabischen Emirate. Die Arbeitgeber „dürfen“ die Arbeitnehmer wie Sklaven behandeln und nehmen ihnen die Reisepässe ab, berichten Bauarbeiter in Katar. Ihr Durchschnittslohn beträgt um die 170 Dollar/Monat, während Einhei-



Hinter den Kulissen des Traumziels geht es gar nicht paradiesisch zu.

mische in Dubai & Co. ca. 2.100 Dollar/Monat verdienen. Wer seinen Job wechseln will, braucht die Zustimmung des Arbeitgebers („Sponsor-System“). Viele laufen daher einfach davon – oder begehen Selbstmord. Das Streikrecht wurde erst 2004 ein-

geführt. 2005 trat Katars erste Verfassung seit der Unabhängigkeit von Großbritannien (1971) in Kraft.

Der warme Wüstenstaat wurde, zur Überraschung vieler, als Austragungsort der Fußball-Weltmeisterschaft 2022 ausge-

wählt. Katar wird zudem Ende dieses Jahres die 18. UN-Klimakonferenz ausrichten, obwohl das Erdgas-Reich am Persischen Golf den höchsten Kohlendioxidstoß der Welt (40,1 Tonnen pro Kopf) verursacht. Die Firmen können jedenfalls weiterhin mit vielen Aufträgen rechnen, weshalb die Länder gerne derartige Großereignisse austragen.

Weltweite Kritik

Die Kritik von Menschenrechtsorganisationen und Gewerkschaftsverbänden wird denn auch zunehmend lauter. Sie stoßen sich nicht nur an den unzureichenden ArbeitnehmerInnenrechten und zu niedrigen Löhnen, auch die Sicherheitsvorkehrungen seien mangelhaft. Das alles könnte grobe Baumängel in den Stadien und anderen Großbauten nach sich ziehen, so die Befürchtung. Ähnliche Vorwürfe kommen aus Brasilien, das die Fußball-WM 2014 austragen wird. Die Fußballorganisation FIFA hat bisher bei der Ausschreibung der Wettbewerbe keinen Wert auf die Einhaltung arbeitsrechtlicher Standards gelegt und jetzt zugesagt, das Thema in Katar aufs Tapet zu bringen.

Heike Hausensteiner

Europa: Sparzwang verschlimmert Krise

Genug ist genug

Europäische Gewerkschaften machen mobil gegen Kaputtsparen.

Immer rigider. Wirtschaftskrise, Finanzkrise, Schuldenkrise, Ratingagenturen, die Länder der Reihe nach herunterstufen – und europäische Regierungen, die mit immer rigideren Sparmaßnahmen reagieren – das ist für den Europäischen Gewerkschaftsbund der völlig falsche Weg aus der Krise. „Genug ist genug“, sagen daher die europäischen Gewerkschaften.

„In der Vergangenheit ist es uns gelungen, auf einige anti-soziale Vorschläge der Europäischen Kommission einzuwirken“, sagt Patrick Itschert, stellvertretender Generalsekretär des EGB. „Heute haben wir den Eindruck, dass wir einem gewissen ‚Autismus‘ ausgesetzt sind – und ich wähle dieses Wort mit Bedacht – bei bestimmten europäischen Politikern, die nur zwei Worte äußern können: Sparpolitik und Wettbewerbsfähigkeit.“ Die Analy-

sen des EGB, die von vielen ExpertInnen geteilt werden, darunter auch welche vom Internationalen Währungsfonds, zeigen aber, dass blindes Sparen (über die Budgetdisziplin hinausgehend) direkt in die Rezession führt.

Spirale nach unten

Wettbewerbsfähigkeit wird von der Europäischen Kommission nur aus der Sicht der Arbeitskosten gesehen – je niedriger die Kosten, umso besser. Das würde aber in eine Abwärtsspirale von Sozialdumping führen, mit dem Ziel, vom untersten Level aus der Krise herauszukommen. „Dafür braucht es Antworten“, verlangt Itschert. Angesichts des dominanten Neoliberalismus hat der EGB daher beschlossen, eine massive Kampagne zu starten. Ziel ist es, mit koordinierten Aktionen permanenten, steigenden Druck aus-

zuüben, um dieser Attacke auf das europäische Sozialmodell etwas entgegenzusetzen. Ab Mitte 2012 wird der EGB daher im Rahmen seiner Kampagne verstärkt die Alternativen zum Sparzwang aufzeigen und auch einfordern. „Unsere Botschaft ist klar“, erklärt Itschert. „Dem verordneten Sparzwang und seinen konkreten, dramatischen Folgen etwas entgegenzusetzen – unsere Werte und

»Den Menschen wieder

Hoffnung geben.« Patrick Itschert

unsere Alternativen von Solidarität und Fairness. Zusätzlich zu unseren bisher meist abwehrenden Kampagnen werden wir in die Offensive gehen, wir werden die Initiative ergreifen und aufzeigen, dass andere Lösungen möglich sind. Wir wollen den Menschen wieder Hoffnung geben.“



Patrick Itschert, stv. Generalsekretär des EGB

Frankreich:

Vorreiter

Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy hat Ende Jänner die Einführung einer Finanztransaktionssteuer angekündigt. Ab August 2012 soll die Steuer in der Höhe von 0,1 Prozent eingehoben werden. Frankreich ist mit dieser Maßnahme Vorreiter in der Eurozone. Trotz aller Beteuerungen verschiedener europäischer Regierungen blieb es bisher bei Ankündigungen, die Finanztransaktionssteuer EU-weit einzuführen. Sarkozy hatte schon Anfang 2012 bekanntgegeben, die Steuer notfalls auch im Alleingang einzuführen. Mit seinem Vorstoß möchte er andere Länder dazu bringen, die Steuer ebenfalls einzuführen. ÖGB, AK, der Europäische Gewerkschaftsbund und viele andere Organisationen fordern seit Langem die Finanztransaktionssteuer als Beitrag zur Krisenbewältigung von jenen, die durch die ungezügelteren Finanzmärkte bisher am meisten profitiert haben.

www.europeansforfinancialreform.org

Griechenland:

Bankrott

Griechenland spart nicht hart genug, sagt die europäische Politik. Bevor man über weitere Hilfspakete entscheiden könnte, müssten die Sparbemühungen deutlich härter werden. Vor allem von der deutschen Kanzlerin Angela Merkel kommen immer strengere Ansagen. Strengeres Sparen heißt konkret: Über 100.000 Jobs im öffentlichen Dienst abbauen – die dann aber Sozialkosten in Form von Arbeitslosengeld verursachen werden, Mindestlohn aufheben, Pensionen kürzen, Firmen privatisieren, ...

Weil man den Griechen offenbar nicht vertraut, soll das Land – wieder auf besonderen Wunsch von Frau Merkel – einen EU-Aufpasser bekommen, der alle größeren Ausgaben Griechenlands überwacht und der sogar ein Veto-Recht bekommt. Ein Aufschrei ging durch Griechenland, man habe schließlich noch eine Würde als Land. Für die Demokratie – immerhin ging Griechenlands Regierung aus demokratischen Wahlen hervor – wäre das ein Schlag ins Gesicht und eine Bankrotterklärung.

Starkes Zeichen

Tausende Menschen demonstrierten am 27. Jänner 2012, dem internationalen Holocaust-Gedenktag, gegen tanzen- de Rechte in der Wiener Hofburg. Die grämte das heuer ganz besonders, dürfen sie doch nach einer Entscheidung der Hofburg-Betreiber-gesellschaft in Zukunft nicht mehr in Prunkräumen der Republik ihren Ball – ein Sammelsurium europäischer Rechte – abhalten. Gut so.



Aufpasser

Die Griechen sparen nicht hart genug, sie sollen von der Europäischen Union einen Aufpasser bekommen. Der darf die Ausgaben kontrollieren, die Sparbemühungen überwachen und auch sein Veto gegen Regierungsbeschlüsse, vor allem wenns um „zu hohe Ausgaben“ geht, einlegen. Unwürdig, sagen die Griechen, man hat ja schließlich auch seinen Stolz. Das Ende der Demokratie und eine Bankrott-erklärung der EU, sagen wir.



Illustration: Markus Szykowitz

Gastkommentar: Martin Schenk, Sozialexperte, Mitinitiator der Armutskonferenz

Die Denkbremse

Wer die bestehenden Probleme nicht beim Namen nennen will, wird sich immer wieder einen neuen ausdenken.



Sozialexperte Martin Schenk über Europa, Finanzmärkte und Jugendarbeitslosigkeit.

Ich geh mit den Kindern ins Kino und schau den Potter-Film. Die Finanzmärkte sind nervös. Jugendarbeitslosigkeit auf dem Höchststand in Europa. Und ich bin auch schon ganz unruhig. Zum Glück war ich zuerst im Kino. Dort gab es einen mächtigen Zauberer namens Voldemort, der nach Harry Potters Leben trachtet und am liebsten die ganze Welt beherrschen will. Die BewohnerInnen der Zauberwelt wagen es gar nicht, Voldemorts Namen auszuspre-

chen – eine Art Mut- und Denkbremse. Stattdessen sagen sie: „Er, dessen Namen man nicht nennt“ oder „Du weißt schon, wer“. Eine Wahrheitsbremse. Nur wenige, unter ihnen Harry Potter und der Direktor der Zauberschule Hogwarts, Professor Dumbledore, nennen Volde-

ministerium“ und die Kürzung von Sozialhilfe als „Erhöhung der Treffsicherheit“. Schutzsuchende nennt sie „Schübling“, die massenhafte Tötung von Menschen „Kollateralschaden“, Freiheitsbeschränkung für Einkommensschwache „Liberalisierung“, die zielgerichteten

chen Regionen gibt es den Begriff „Angebotsoptimierung“, und hinter „Differenzierung der Lohnstrukturen“ verbergen sich Niedriglöhne, von denen niemand leben kann.

Worüber sprechen wir?

Und wenn wir nicht über die Risiken österreichischer Banken im Ostgeschäft reden dürfen, nicht über die Kontrolle der Finanzmärkte ein Wort verlieren sollen, nicht die gerechte Verteilung der Krisenkosten im Auge haben dürfen, nicht über Armutsbremsen, nicht über eine europäische Bremse bei Jugendarbeitslosigkeit sprechen sollen, dann werden wir bestimmt nur über eine „Schuldenbremse“ diskutieren.

Und dann die Märkte ... Die sind immer schlecht aufgelegt. Einmal sind die Märkte nervös, dann sind die Märkte misstrauisch, dann abwartend. Die Märkte ächzen, die Märkte sind verstört, die Märkte sind irritiert. Die Märkte sind vor dem Zusammenbruch, die Märkte sind panisch, die Märkte sind unruhig. Wären die Märkte zu

»Wenn wir nicht über Verteilungsgerechtigkeit, Armutsbremsen und Jugendarbeitslosigkeit sprechen sollen, dann werden wir bestimmt nur über die ‚Schuldenbremse‘ diskutieren.« Martin Schenk

mort so, wie er nun mal heißt. „Nenn ihn Voldemort“, rät ihm Dumbledore. „Nenn die Dinge immer beim richtigen Namen. Die Angst vor einem Namen steigert nur die Angst vor der Sache selbst.“ Kühl gesprochen.

Sprache fördert Angst

Die Angst vor der Sache selbst und vor den Mächtigen hat eine Gehilfin: die Sprache. Sie bezeichnet Entlassungen als „Freistellungen“, die Zwangsernährung in Schubhaft als „Heilbehandlung“, die Arbeitslosen als „Ich-AG“, das Kriegsministerium als „Verteidigungs-

Zerstörungsmaschinen „intelligente Waffensysteme“, Menschen im Krieg „weiche Ziele“, Auffanglager für Flüchtlinge in Afrika „Begrüßungszentren“. Zu Abschiebehaft sagt sie „Ausreisezentrum“, zur wachsenden Schere zwischen Arm und Reich bloß „Unterschicht“, zur Belastung Ärmterer „notwendige Anpassungen“ und zur erfreulichen längeren Lebenserwartung „Überalterung“. Das Absacken von Aktienkursen heißt „Gewinnwarnung“, für die Schließung von Postämtern oder Reduzierung von Dienstleistungen in strukturschwachen

mir in die Beratung gekommen, ich hätte schon früher – lange vor der Krise – geraten, etwas zu ändern. Und ihnen gesagt, dass das nicht gut geht mit ihnen, so nervös, dass man da zusammenbricht. Schaut stark nach depressiver Angststörung aus. Da lob' ich mir den Potter. Die Finanzmärkte unruhig. Brennende Probleme auf den Straßen Europas. Alles an einem Tag. Zum Glück war ich zuerst im Kino.



BUCHTIPP
Martin Schenk, Michaela Moser, „Es reicht! Für alle! – Wege aus der Armut“, Deuticke
Zu bestellen in der ÖGB-Fachbuchhandlung:
fachbuchhandlung@oegbverlag.at